

## **Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt**

### **Gesetzesentwürfe ermöglichen staatliches Lohndiktat anstelle geltender Tarifverträge**

Die von Bundesminister Scholz vorgelegten Referentenentwürfe zum Entsendegesetz und zum Mindestarbeitsbedingungengesetz sind ein Anschlag auf die Tarifautonomie, den ich nicht für möglich gehalten hätte. Würden die vorgelegten Referentenentwürfe tatsächlich Gesetz, wären staatliche Lohndiktate möglich, mit dem sogar geltende Tarifverträge außer Kraft gesetzt werden könnten. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die Koalition dies tatsächlich will.

Mit den beiden Referentenentwürfen geht das Bundesarbeitsministerium sogar noch weit über die höchst problematische Vereinbarung der Koalitionsparteien vom Juni 2007 hinaus. Durch beide Gesetzesentwürfe könnten bestehende Tarifverträge außer Kraft gesetzt werden. Das wäre ein brutaler Eingriff in unsere verfassungsrechtlich garantierte positive Koalitionsfreiheit. Nach dem Entwurf des Mindestarbeitsbedingungengesetzes soll der Staat ebenso wie beim Entsendegesetz in bestehende Tarifverträge eingreifen und sich über diese hinwegsetzen können. Das ist das Gegenteil der geltenden Regelung und der Koalitionsvereinbarung vom Juni 2007.

Der Arbeitsminister will offensichtlich mit den beiden Entwürfen eine flächendeckende Möglichkeit schaffen, um Löhne staatlich per Rechtsverordnung festsetzen zu können. Ich unterstelle nicht, dass der Bundesarbeitsminister überall ein staatliches Lohndiktat einführen will und ich unterstelle selbstverständlich auch nicht, dass mit dem Mindestarbeitsbedingungengesetz in allen Branchen mit einer Tarifbindung von weniger als 50 Prozent die geltenden Tarifverträge verdrängt werden sollen. Wenn das aber nicht beabsichtigt ist, sollte der Gesetzgeber solche Ermächtigungen auch nicht ermöglichen.

Ich fordere die Bundesregierung auf, keine schrittweise und schleichende Einschränkung der Tarifautonomie und eine Verstaatlichung der Lohnfestsetzung zu betreiben. Das Desaster der Post-Branche zeigt, dass sich die Bundesregierung auf einem Irrweg befindet, der Arbeitsplätze vernichtet und die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert.